

Guatemala Stadt – Ende April 2020

Notizen eines deutschen Anwalts in

Guatemala (56)

Der März endete mit 39 infizierten Personen; heute (29.4.) sind es 555, während es am 14.4., einen Monat nach Krisenbeginn, noch 180 waren. Noch vor fünf Tagen schien die Kurve anzudeuten, dass sich die Fälle alle 6-7 Tage verdoppeln könnten, was zu einer dramatischen Prognose für Anfang Juni von 25'000-30'000 Fällen führte; die letzten Tagen könnten auf eine etwas langsamere Beschleunigung hinweisen, was verschiedene Erklärungen haben kann, von Änderungen der Zwangsmassnahmen, über unzuverlässige Informationen bis hin zu den Deportationen von Migranten und Migrantinnen in den Vorwochen aus den USA, die unglaublicherweise massiv (über 100 Fälle) Erkrankte einschlossen.

Guatemala hat die wenigsten Krankenhausbetten (0,6) und Ärzte (0,89) pro 1000 Einwohner mit einem der schwächsten Gesundheitssysteme des Kontinents. Mit grosser Anstrengung wurden in den letzten Wochen Notkrankenhäuser (Guatemala, Petén, Quetzaltenango und Zacapa¹) aus dem Boden gestampft, aber bei Krankenzahlen, wie den oben genannten, würde das System noch im Mai implodieren. Aber auch eine weniger beschleunigte Kurve heisst ja nur, dass wir mehr Zeit haben, solange die Massnahmen greifen. Es werden mittlerweile zwar um die 440 Tests pro Tag gemacht, aber die sind lange nicht ausreichend, um die wirkliche Ansteckungsquote schätzen zu können.

¹ In Guatemala (Messepark) hat es . 1000 Betten, Quarantäne- und 47 Intensivbetten eingeschlossen; die anderen Häuser sollen in Kürze eine Kapazität von je 100 - 150 Betten haben.

Giammattei steht an der Spitze der Krisenbekämpfung und hat sie von Anfang an zur Chefsache gemacht. Ich mag mir nicht vorstellen, wie es uns mit Jimmy Morales ergangen wäre. Giammattei handelt aus dem Staat heraus und bestärkt so in Zeiten des Post-Neoliberalismus, sicher ohne es zu wollen², die Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen, zumal auch der CACIF ständig nach staatlicher Hilfe schreit. Je nach Krisenverlauf eröffnet das die Chance, die Stärkung der öffentlichen Systeme wieder zum Thema zu machen.

In den wirtschaftlichen Grosspaketen, die mittlerweile vom Kongress bewilligt wurden, (zurzeit 16 Milliarden Quetzales) steckt natürlich die Handschrift des CACIF, aber auch die der Abgeordneten, die die Kontrolle über die Programme und die damit verbundenen Verträge mit der Privatwirtschaft haben wollen. Die verschiedenen Hilfsprogramme sind noch nicht wirklich angelaufen, aber strukturelle Massnahmen, die sich an der sozialen Ungerechtigkeit orientieren, sind sie nicht. Viele kleine und mittlere Unternehmen, die ganz oder teilweise aufgehört haben zu operieren, stehen vor dem Aus. Ihre Angestellten haben längst ihren Job, zumindest zeitweise, verloren und niemand weiss, ob, wann und für wen es Zugang zu den Hilfen gibt. Das Programm für Lebensmittelpakete soll angelaufen sein, aber überall gibt es Beschwerden, dass nichts ankommt. Alle gehen davon aus, dass viele der Gelder wieder in den üblichen Kanälen verschwinden³, auch wenn Giammattei ständig das Gegenteil beteuert. In den letzten sechs

² Statt sie in das öffentliche Gesundheitssystem zu stecken, hat er perverserweise vor, 200 Mio. Quetzales aus den Notfallprogrammen in private Krankenversicherungen für SchülerInnen zu investieren und so die Privatisierung voranzutreiben.

³ Zu diesem Thema zirkuliert gerade ein Witz: Ein vermögender Mensch spendete eine erhebliche Bargeldsumme für ein Kinderheim, vergiftete aber alle Scheine. Es starben 128 Abgeordnete, 23 Beamte und 3 Richter. Nicht ein Kind verstarb.

Wochen wurden unter ungeklärten Umständen im Gesundheitsministerium drei Vizeminister entlassen, angeblich zur Korruptionsbekämpfung; zwei der drei behaupten, sie seien entlassen worden, gerade weil sie sich der korrupten Vertragsvergabe widersetzt hätten.

Überall werden Existenzen vernichtet, aber weder werden arbeitsrechtliche Regularien benutzt oder geschaffen, noch jene strukturell geschützt, die Miete oder Nebenkosten nicht mehr zahlen können⁴. Der Hunger greift um sich, und das nicht nur bei den ganz Armen; die Angst der Mittelschicht, sozial abzurutschen, führt sowohl zu beeindruckendem Einfallsreichtum, um Einkünfte zu generieren wie auch zu Aggressivität anderen gegenüber (s.u.), wenn die Angst zu gross wird.

Zwar sollen den Familien, die von informeller Arbeit leben, 1000 Quetzales gezahlt werden, aber weder überzeugt die Grössenordnung (der Mindestlohn liegt bei ca. 3050 Quetzales) noch die Methode für ihre Verteilung: Die Hilfe soll Familien zukommen, die eine Stromabrechnung von unter 200 KW-Stunden vorweisen können. Damit sind schon zigtausende der Familien aussen vor, die in Regionen ohne Stromanschluss leben; genauso wie die, die angesichts der allseits bekannten Skrupellosigkeit von Energieversorgern wie ENERGUATE Widerstand leisten und nur über „illegale“ Direktanschlüsse ans Netz und damit nicht über

⁴ Giammattei weigerte sich, ein Moratorium für Strom-, Wasser- und Telefonschulden zu dekretieren. Der Kongress beschloss es trotzdem, aber Giammattei legte drei Wochen später sein Veto ein. Den Unternehmen verschaffte er damit mindestens 8 Wochen, in denen sie Leistungen wegen Nichtzahlung einstellen können. Dagegen wurden ihnen die Beiträge zur Sozialversicherung IGGS für drei Monate gestundet. Das IGGS ist ohnehin ein Thema, dass seine eigenen „Notizen“ verdient. Erst wurde es gezwungen, auch Nichtversicherte zu behandeln, dann zur Lohnfortzahlung, als ob die Krise den individuellen Krankheitsfall eines Versicherten darstelle. Die Privatisierung des IGGS ist ein lang geträumter Traum des CACIF.

Zähler verfügen. Statt ihrer könnten die in den Genuss der Hilfe kommen, die aus kommerziellen Gründen mehrere Zähler und damit wenige KW-Stunden pro Zähler haben.

Allerdings sehen wir auch die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen. Es gibt spontane kollektive Projekte wie „Armen-Küchen“, kostenlose medizinische Behandlung genauso wie kontinentweit verbreiteten Hilferufe, der weissen („Ich habe nichts zu essen“) und roten („Ich bin krank“) Fahnen, die dann von den Nachbarn aufgegriffen werden. Ob diese Solidarität mit der während des Erdbebens 1976 zu vergleichen sein wird, muss man abwarten. Damals war sie Teil der Solidarisierung der Jugend mit den Opfern gegen die Militärs, die die ausländische Hilfe untereinander aufteilten.

Eines ist klar: die Regierung schafft es noch, sich ein aktives Image der Krisenbekämpfung zu geben⁵, die ja zum Teil auch funktioniert, hat aber enorme Angst vor kritischer Berichterstattung, da sie weiss, dass die Situation kippen kann. Sie versucht, systematisch kritische JournalistInnen auszuschliessen, aggressive Tiraden und Wutanfälle von Giammattei auf Pressekonferenzen eingeschlossen. Und damit steht eine Grundvoraussetzung zur Krisenbekämpfung aussen vor: das Vertrauen in die Handelnden und deren Informationen. Wenn dieses Vertrauen nicht besteht, werden Ängste und Agressionen in der Bevölkerung frei, die mal mehr oder mal weniger in willkürliche

⁵ ...trotz eigener Widersprüche. Giammattei hatte ursprünglich angekündigt, bei über 20 neuen Fällen pro Tag die Massnahmen drastisch zu verschärfen; Tatsache ist, dass er die Ausgangssperre genau da verkürzte. Auf der anderen Seite hat er bis zu einem gewissen Grad dem Druck des CACIF standgehalten, die beschlossenen Zwangsmassnahmen aufzuheben. Der CACIF drängt darauf, hat aber wohl nicht mehr geschafft, als eine Verschärfung der Massnahmen zu verhindern.

Aktionen münden.⁶ Und wenn dann wirklich die Menschen auf den Strassen sterben, weil das System kollabiert, kann es zu spontanen Wutausbrüchen und Rebellionen kommen, die dann keine Regierung mehr kontrolliert.

Nach wie vor liegt der öffentliche Nah- und Fernverkehr still und es gilt eine Ausgangsperre, von 18 Uhr bis 4 Uhr morgens (vorher 16 bis 4 Uhr). Dazu kommen das Verbot von oder in zentrale Departments wie Guatemala, Chimaltenango oder Saquetepéquez zu reisen, wo die meisten Fälle registriert sind; sowie das Verbot für über 60-jährige, das Haus zu verlassen; es ist nicht einmal vorgesehen, dass wir (ich bin 67) zum Einkaufen rausgehen, offensichtlich weil man von dem Mythos ausgeht, dass alte Leute behütet in der Grossfamilie leben.

Dazu kommen verschiedene Dörfer und Städte, die durch Militär abgeriegelt wurden, weil sie aktive Fälle haben; dazu gehören Patzún, San Agustín Acasaguastlán, San Juan Obispo. Ihre BewohnerInnen dürfen nicht rein und nicht raus, was aber wohl tatsächlich auch nach innen zu mehr Vorsicht geführt hat. Die Zahlen in diesen Gemeinden scheinen rückläufig zu sein, allerdings hat diese Abriegelung erhebliche ökonomische Auswirkungen wie in Patzún, dessen Bauern wichtige Gemüseerzeuger auch für den Export sind und jetzt keine mehr Abnehmer finden.

⁶ Wie überall kam es auch hier zu aggressivem Verhalten gegenüber Verdachtsfällen; in Quetzaltenango wehrten sich Gemeinden dagegen, dass von den USA deportierte Migranten und Migrantinnen auf ihrem Territorium in Quarantäne kamen oder in Totonicapán dagegen, einen Todesfall im Friedhof aufzunehmen. Ganz dramatisch war der Fall eines deportierten Patienten, der sich in der Hauptstadt aus dem Krankenhaus absetzte. Behörden und Radio Sonora organisierten eine Hexenjagd, in der die Bevölkerung mit den persönlichen Daten des Patienten animiert wurde, auf Jagd zu gehen.

In der letzten Aprilwoche wurden die ersten Corona-Fälle in Baja Verapaz bekannt, was besonders besorgniserregend ist, weil dort die extreme Armut enorm ist. Wenn sich der Virus hier einmal einnistet, wird er kaum zu kontrollieren sein, zumal die Regierung wenig bis nichts getan hat, ihre Massnahmen einer Bevölkerung zu erklären, die kaum Spanisch spricht und einen besonders geringen Zugang zu den Schulen hat. Selbst in der Hauptstadt erscheinen die ständigen Radiospots, sich laufend die Hände zu waschen, vor allem jenen Menschen als blanker Zynismus, die seit Wochen in ihren Barrios kein oder nur minutenweise Wasser haben. Fast jeden Tag kommt es deswegen zu Protesten in verschiedenen Zonen der Hauptstadt – trotz des Demonstrationsverbots während des Notstands. Und das hat zwei Seiten: Die des Protestes und der Rebellion, aber auch die der extrem erhöhten Ansteckungsgefahr.

Angesichts solcher Situationen treffen die lokalen Strukturen ihre eigenen Entscheidungen, die mal mit den zentralen Anordnungen übereinstimmen, mal ihnen widersprechen. Es herrscht eine Dynamik, die ich eine (noch) kontrollierte Anarchie nennen will, die jederzeit in Chaos umschlagen kann. Nur einige von vielen Beispielen: An der Grenze zu Mexiko blockiert der Gemeinderat (COCODE) von La Mesilla die Grenze und erlaubt niemandem, der aus Mexiko kommt, die Durchreise durch ihr Territorium. Das führt dazu, dass auch Guatemaltekinnen, die nach Hause wollen, dies nicht können, obwohl die Regierung ihnen – bei Einhaltung von Quarantäne – den Zugang garantiert. An der Küste, im Touristengebiet von Monterrico, kontrolliert der COCODE die Kreisgrenze und lässt nur rein, wer ihm passt. Und da diese Gemeiden in der Regel evangelikal sind, wird

dann eben neben Besuchern auch kein Alkohol mehr auf ihr Gebiet gelassen. Es sind die Gemeinden, die in Zeiten der Krise die Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten zurückgewinnen, unabhängig einmal davon, ob ihre Massnahmen immer adäquat sind. Es sind die gleichen Strukturen, die Panik verbreiten⁷, wenn ein Kranker über ihr Gemeindegebiet transportiert wird, aber sie sind es auch, die versuchen Bürgermeister zu kontrollieren, die zu lax mit der Situation umgehen, wie in Puerto Barrios und Estor. Angesichts von mehreren bestätigten Fällen dort blockiert ein COCODE aktuell den Zugang nach Estor, um den Bürgermeister zu drastischeren Massnahmen zu zwingen, wo anscheinend die Nickelmine Fénix weiterarbeitet und die Region durch Beschäftigte und Transporte gefährdet, obwohl das Verfassungsgericht im Juli 2019 ihre Abbaugenehmigung einstweilig suspendierte. Im Gegensatz zu ähnlichen Situationen an anderen Orten lässt hier die Regierung die COCODES nicht agieren: sie schickte sofort 150 Elitepolizisten zur Auflösung der Blockade.

Aber nicht alles ist Coronavirus wo Coronavirus draufsteht. Ende April wurde bekannt, dass die Kongressmehrheit bezweckt, ein Gesetz zur vorzeitigen Freilassung von Häftlingen wegen deren Covid-Gefährdung vorzulegen. Selbst ASIÉS, ein eher unternehmernahes Forschungsinstitut, warnte danach dringend davor, diese Initiative nur den in Mariscal Zavala einsitzenden weissen Kragentätern und Kriegsverbrechern zu widmen. Es ist bezeichnend, dass zur gleichen Zeit die interamerikanische Menschenrechtskommission spezielle Schutzmassnahmen für drei Staatsanwälte der FECl anordnen musste,

die für viele dieser Haftbefehle, denen Korruptionsverfahren zu Grunde liegen, zuständig sind. Sie werden in ihrer Arbeit bedroht, ohne dass die Generalstaatsanwältin und das Innenministerium ihnen wirklich den Schutz gewähren, den sie brauchen.

PS: Nach dem Veto (s. Fussnote 5) Giammatteis gegen das Gesetz zur Stundung der Strom-, Wasser- und Telefongebühren und nachdem er auch eine neue, für die Versorgungsunternehmen wesentlich vorteilhaftere Gesetzesinitiative an den Kongress geschickt hatte, sollte dieser gestern um 10 Uhr das Veto debattieren und darüber abstimmen. Mit 2/3 Mehrheit könnte das Veto des Präsidenten überstimmt werden. Bis 17 Uhr (!!) hatte die Sitzung nicht begonnen, das Präsidium setzte auf die Ermüdung der Abgeordneten und versuchte die Sitzung zu boykottieren. Unter Führung von Winaq, Semilla und URNG protestierte eine Gruppe von ParlamentarierInnen vor den geschlossenen Sitzungsräumen des Giammattei-treuen Kongress-Präsidiums. Dieses musste schliesslich eine halbe Stunde später, gegen 18 Uhr, die Sitzung eröffnen. 128 Abgeordnete stimmten gegen das Veto, nur einer war dafür. Die 29 Parteigänger von Giammattei zogen vor, nicht im Plenarsaal zu sein und stimmten gar nicht ab. Endlich einmal ein Zeichen der Unabhängigkeit des Kongresses. Eine gute Nachricht.

Miguel Mörth

⁷ Es gibt viele Beispiele, in denen Deportierte, die als ausreisende Migranten noch allseitige Unterstützung erhielten, nicht mehr in ihre Gemeinde gelassen oder in ihren Häusern aufgesucht werden, um sie wieder rauszuwerfen. Busse wurden in Quetzaltenango gestoppt und ganze Barrios in San Marcos isoliert.